

**Rede von
Minister Dr. Nils Schmid**

anlässlich der

Bezirkskonferenz der IG Metall
Baden-Württemberg in Böblingen
am 31. Mai 2011

**- Den Industrie- und Wirtschafts-
standort stärken – auf neuen Wegen
zur Vollbeschäftigung**

-

- Es gilt das gesprochene Wort–

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bill Gates hat einmal mit Blick auf die Autoindustrie in den USA gesagt: „Wäre General Motors technologisch so voran gekommen wie die Computerindustrie, dann würden Autos heute 25 Dollar kosten und einen viertel Liter auf 100 Kilometern verbrauchen“.

Nun haben wir in Baden-Württemberg ja - gelinde gesagt - gemischte Erfahrungen mit US-Automobilkonzernen gemacht. Doch das Beispiel GM zeigt besonders drastisch, wie wichtig es ist, die Entwicklungen der Zukunft voranzutreiben anstatt ihnen hinterherzulaufen. Denn als der Konzern am 1. Juni 2009 seinen vorläufigen Bankrott erklärte, endete nicht nur eine Ära, es wurde auch endgültig klar, dass auch das stolzeste Unternehmen ohne Innovation keine Zukunft haben kann.

Natürlich kann man GM vor der Insolvenz nicht mit den Unternehmen hier im Südwesten vergleichen. Wer sich die Autos, die bei Daimler, Audi und Porsche vom Band laufen ansieht, weiß auch genau warum. Aber das Beispiel sollte auch uns eine Mahnung sein, nicht stehen zu bleiben, sondern stets am Puls der Zeit zu sein.

Ein Zeichen dafür, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg dessen bewusst sind, ist der politische Wechsel, den sie am 27. März gewählt haben. Sie wissen ganz genau, dass unser Wohlstand nicht selbstverständlich ist. Denn Gustav Heinemann hatte völlig recht, als er einst sagte: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren mochte.“ Für uns als neue Landesregierung bedeutet das, dass wir verändern werden, wo es notwendig ist.

Wir werden manches anders und Vieles besser machen. Dabei stehen vier zentrale Aufgaben im Vordergrund unserer Arbeit in den kommenden Jahren und es freut mich ganz besonders, dass hier große Schnittmengen mit dem heute vorgestellten Memorandum bestehen. Konkret geht es dabei um:

- Die ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft;
- Die Schaffung bester Bildungschancen für alle;
- Die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts;
- Und es geht um mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen;

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Stärke des Industriestandortes Baden-Württemberg wird auch weiterhin das Fundament unseres Wohlstands sein. Um sie zu bewahren und unser gemeinsames Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, werden wir – wie von Euch gleich zu Beginn Eures Memorandums ja auch gefordert - einen dynamischen Kurswechsel vornehmen und konsequent auf die Wachstumsfelder der Zukunft setzen.

Unser Koalitionsvertrag macht das deutlich, aber auch euer Memorandum weist nicht nur in diesem Punkt in die richtige Richtung und zeigt den Weg auf, den ein soziales und ökologisches Baden-Württemberg einschlagen sollte.

Nicht der einzige, aber ein überaus wichtiger Bereich wird gerade hier bei uns das Thema „nachhaltige Mobilität“ sein.

Dabei ist eines klar: Baden-Württemberg ist seit 125 Jahren das Autoland und wird auch in Zukunft das Autoland bleiben.

Wir werden dazu beitragen, dass Baden-Württemberg als Heimat des Automobils auch bei den alternativen Antrieben und den neuen Mobilitätskonzepten in Zukunft die Vorreiterrolle einnehmen wird.

Auch hier sind die Unternehmen im Land bereits sehr weit. Nicht nur bei der Forschung, sondern auch bei der praktischen Anwendung im Alltag tut sich einiges: man muss nur einmal nach Ulm schauen, wo Daimler mit dem Projekt Car 2 Go bereits sehr gute Erfahrungen sammelt und jetzt damit beginnt, dieses Konzept in die ganze Welt zu exportieren.

Auch was die Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnologie als Treiber dieser Entwicklung anbelangt, braucht Baden-Württemberg sein Licht nicht unter den Scheffel stellen: Das zeigen die vielen klein- und mittelgroßen Unternehmen, aber auch die großen, wie SAP und IBM.

Um unsere Mobilität nachhaltiger zu machen brauchen wir Innovationen. Diese neuen Technologien werden meistens für Fahrzeuge der Oberklasse entwickelt und finden sich dann alsbald in allen Autos. Dafür gibt es viele Beispiele. Ich sage nur: Airbag, ESP und ABS. Alles Erfindungen aus Baden-Württemberg, die heute zur Serienausstattung gehören und dasselbe wird auch für die Technologien gelten, die unsere Autos der Zukunft effizienter und nachhaltiger machen.

Ich weiß, nicht alles was glänzt ist gold. Noch haben wir in manchen Bereichen einen weiten Weg vor uns. Z.B. beim Thema Speichertechnologie, wo uns viele asiatischen Länder noch voraus sind.

Ich will, dass unser Land was die Speichertechnologie anbelangt als Standort so attraktiv wird, dass kein Unternehmen einfach an uns vorbeikommt. Ich will, dass Innovationen ganz allgemein bei den Mobilitätstechnologien auch in Zukunft in Baden-Württemberg entstehen. Und ich will, dass modernste Fahrzeuge auch künftig hier bei uns gefertigt werden und Arbeitsplätze schaffen.

Deshalb werden wir die Unternehmen im Land mit einer aktiven Industriepolitik dabei unterstützen. Konkret werden wir auch im Bereich der alternativen Antriebe die „Landesinitiative nachhaltige Mobilität“ weiterentwickeln und Pilotprojekte voran treiben. Wir werden bei der ökologischen Modernisierung der Fahrzeugflotte mit gutem Beispiel voran gehen und ein Fahrzeugflotte aufbauen, die mit elektrisch betriebenen bzw. mit alternativen Antriebsarten ausgestattet ist. Damit möchten wir unseren Beitrag dazu leisten, dass E-Autos nicht nur auf Messen einem Fachpublikum gezeigt werden, sondern dass diese endlich auch über die Straßen rollen und von allen Menschen betrachtet bzw. gefahren werden können. Und wir werden die bestehenden Stärken in den einzelnen Bereichen besser miteinander vernetzen, etwa indem wir die Aktivitäten der Technologie- und Clusterinitiativen des Landes und von Baden-Württemberg International (bw-i) künftig unter dem Dach einer neuen Landesholding koordinieren.

All das soll die Unternehmen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft machen. Starke Belegschaften waren, sind und werden immer

das Fundament starker Unternehmen bleiben. Deshalb wollen wir Baden-Württemberg zum Musterland Guter Arbeit machen. Denn die soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft wird nur mit der Akzeptanz, Motivation und Innovationsfähigkeit der Beschäftigten gelingen. Und dabei geht es um handfeste Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht am Aufschwung teilhaben und sich stattdessen vor Dumpinglöhnen und prekärer Beschäftigung fürchten müssen. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch gut leben können.

Landespolitik kann nicht alles, doch wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die sich uns bieten, um im Sinne der Beschäftigten mehr soziale Sicherheit zu schaffen.

Zum Beispiel werden wir mit einem Tariftreuegesetz sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.

Und Baden-Württemberg wird in Zukunft als starkes Land auf Bundesebene eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit sein.

Dass wir hier bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen beharrlich dicke Bretter bohren müssen um unser Ziel zu erreichen, hab ich vergangenen Freitag bei meiner Premiere im Bundesrat bereits erlebt.

Denn unsere Forderung nach Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, nach „Gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durch eine Aufnahme aller Branchen ins Arbeitnehmerentgeltgesetz und einem gesetzlichen Mindestlohn wurde kurz und bündig

von Schwarz-Gelb abgelehnt. Aber auch das wird uns nicht entmutigen, ganz im Gegenteil: wir werden weiter konsequent gegen Lohn-dumping und für gerechte Löhne eintreten.

Das gilt gerade auch bei der Leih- und Zeitarbeit. Sie muss wieder auf ihre Kernfunktionen zurückgeführt werden, Auftragspitzen zeitweise abzufedern und eine Brücke in dauerhafte Beschäftigung zu bilden. Wir dürfen aber nicht hinnehmen, dass reguläre Beschäftigung verdrängt wird.

Und für uns steht fest: Es darf keine

2-Klassen-Belegschaften im Betrieb geben.

Denn eines ist ganz klar: Wirtschaftliche Stärke und sozialer Ausgleich sind keine Gegensätze. Das eine ist vielmehr ohne das andere nicht möglich. Dabei geht es um die soziale und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, es geht um Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, beides habe ich bereits angesprochen. Es geht dabei aber auch ganz entscheidend um Bildung.

Denn Bildung ist die soziale Frage unserer Zeit. Für manche mag das übertrieben klingen, aber die Frage ist schlicht und ergreifend, ob die kleine Aylin oder der kleine Michael eine freie Strecke vor sich haben oder einen Hindernislauf, wenn sie zum ersten Mal in den Kindergarten gehen. Ob die Tochter des Kollegen am Band die gleichen Chancen auf Aufstieg hat wie der Sohn des Zahnarztes. Unsere Aufgabe ist es, Hürden aus dem Weg zu räumen und die Wege für alle zu öffnen. Dieser Anspruch wird unsere Regierung leiten und der Koalitionsvertrag macht das deutlich:

- Wir bringen den dringend notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung auf den Weg;
- Wir sorgen für konsequente Sprachförderung von Anfang an;
- Unsere Regierung wird ein Ganztagschulprogramm auf den Weg bringen, das diesen Namen auch verdient;
- Die Gemeinschaftsschulen werden endlich im Schulgesetz verankert und nicht länger blockiert;
- Wir schaffen die Studiengebühren ab;
- Und wir werden dafür sorgen, dass an unseren Hochschulen in Zukunft kein Schild hängt, auf dem steht: „Hier endet der demokratische Sektor“. Denn Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell- aber wer weiß das besser als Ihr?

Gerechte Bildungschancen zu schaffen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist in der Wissensgesellschaft auch eine Frage der individuellen Befähigung jedes und jeder einzelnen, seinen Mann oder ihre Frau zu stehen. Und hier entscheidet sich, ob die Innovationen der Zukunft in Baden-Württemberg entstehen und dann auch hier gefertigt werden.

Unsere Regierung wird dafür die politischen Voraussetzungen schaffen. Doch den Wandel zu gestalten ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Und als Bürgerregierung laden wir alle in unserer Gesellschaft ein, mit uns gemeinsam am Baden-Württemberg der Zukunft zu arbeiten. Umso wichtiger ist das Angebot der IG Metall, aktiv an der sozialen und ökologischen Modernisierung mitzuar-

beiten. Ich nehme es gerne an und freue mich darüber, dass ihr unsere Anstrengungen konstruktiv und kritisch begleiten werdet. Das Memorandum, das Ihr heute verabschiedet habt/werdet ist ein hervorragender erster Schritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe meine Zweifel, dass die Autos der Zukunft 25 Dollar kosten werden. Innovationen und gute Mobilität sind nicht zum Null-Tarif zu haben. Doch ich bin überzeugt, dass auch in Zukunft die innovativsten und nachhaltigsten Autos aus Baden-Württemberg kommen werden. Dafür legen wir heute die Grundlagen. Mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Politik, vor allem aber mit dem Erfindungsreichtum und dem Fleiß der Beschäftigten. Wir haben einiges vor, packen wir es an!

Auf eine gute Zusammenarbeit.